



Künftiger Präsident Trump – ein Akteur im Dienste des Fortschritts?

PETER FOLEY / EPA

Trump ante portas – Bangen und Hoffnung

Kann das gutgehen mit der zweiten Amtszeit von Donald Trump? Manche jubeln, weit mehr bangen. Doch ist Verzweiflung nicht angesagt, denn es gibt eine List der Vernunft. Gastkommentar von Manfred Schneider

Nun hat der gewählte Präsident Donald Trump im vergangenen Adventsmonat alle 24 Höllentürchen geöffnet und die Riege seiner künftigen Minister, Berater und die Chefs der staatlichen Institutionen ans Licht treten lassen. Sie benötigten keinen Nachweis über ihre Befähigung zu den Ämtern; vielmehr mussten sie, wie Trumps einstiger Sicherheitsberater John Bolton kürzlich in der «New York Times» schrieb, einen Loyalitätstest bestehen. Während seiner ersten Amtszeit hatten befähigte Mitarbeiter bisweilen Präsident Trump vor grösseren Torheiten bewahrt. Diesmal müssen die neuen Teammitglieder lediglich die Lüge ihres künftigen Chefs unterschreiben, dass ihm die Wahl vor vier Jahren gestohlen worden sei.

Wilde Truppe

Nun also treten sie gemeinsam an, die Behörden zu entvölkern, internationale Institutionen zu zerschlagen und die Errungenschaften der Diplomatie rückgängig zu machen. Der künftige mit Kreuzfahrersymbolen tätowierte Verteidigungsminister wird für Frieden im Nahen Osten sorgen, der kommende Energieminister beendet alle Bemühungen um erneuerbare Energien, da diese sowjetkommunistisch sind, die Ministerin für Bildung soll ihr künftiges Departement abschaffen, der designierte Gesundheitsminister Robert F. Kennedy will einige Impfstoffe aussortieren, weil sie Autismus verursachen, und die designierte Justizministerin und Generalbundesanwältin soll die Vergeltungskampagne des Präsidenten gegen seine politischen Gegner dirigieren.

Passend zu den bevorstehenden dramatischen Umbrüchen in den USA und mit Blick auf andere Mächte, die mit dem Abriss ziviler Institutionen ihren Stern als Supernova leuchten lassen wollen, ist der englische Begriff «disruption» zur neuen politischen Parole gereift. Das Wörtchen, das sich vom lateinischen «dirumpo» (zerreißen, zerschmettern) ableitet und das bis vor zehn Jahren kaum jemand kannte, hat sich auf den Zungen vieler tatendurstiger Politiker verbreitet.

Vermutlich weckt das gleichwertige, bislang populäre Wort «Revolution» unguete Erinnerungen an Guillotinen und gemeuchelte Alleinherrscher. Beeindruckt vom Potenzial neuer disruptiver Technologien, wie der künstlichen Intelligenz, kündigen nun weltweit Politiker mit dieser disruptiven Vokabel radikale Veränderungen an. Wie die «FAZ» meinte, hat sich Trump Elon Musk als «obersten Disruptor» erwählt.

Wie sollen wir besorgte europäische Beobachter uns auf diese tollhäußerliche Zukunft und ihre neue Sprache einstellen? Wie sollen wir Gelassenheit bewahren, wenn gleichzeitig Putins Agenten und Trumps Berater die populistische Disruptionsagenda in Europa favorisieren? Trösten wir uns vielleicht mit den Gedanken eines grossen Philosophen der Disruption, unseres guten alten Georg Friedrich Wilhelm Hegel. Professor Hegel hat in seinen Vorlesungen zur Geschichtsphilosophie vor 200 Jahren die grossen Disruptionen der Weltgeschichte gedanklich geglättet, indem er den Weg der Vernunft durch den Zickzackgang der Dialektik erklärte. Weltreiche stiegen auf und versanken, Herrscher rissen Staaten und Völker in den Abgrund, die Erde sättigte sich mit dem Blut der Schlachtenopfer, dennoch, so erklärte es Hegel, verfolgte die Vernunft unbeirrt ihren Weg voran zu Aufklärung, Bildung, Recht und Freiheit.

War Professor Hegels Vernunft vielleicht blind, und vermochte er nicht wie sechzig Jahre später Pro-

Es lässt sich kein Wissen
verlernen. Nicht nur
das Netz, auch die Vernunft
vergisst nichts.

fessor Friedrich Nietzsche aus seinem stillen Beobachtungsort in Sils-Maria die Geschichte als «schauerliche Herrschaft des Unsinn und des Zufalls» zu begreifen? Nein, erklärte Hegel, die Vernunft ist keineswegs blind oder dumm; vielmehr stellt sie geradezu die Leidenschaften, Torheiten, Überheblichkeiten, Verrücktheiten und die disruptiven Auftritte der politischen Akteure in ihren Dienst.

So operiert, wie Hegel sagt, die «List der Vernunft». Die Vernunft ist nämlich tricky. Sie nutzt die ungezügelten Kräfte der Herrscher und Massen als Energien, um an ihr Ziel zu gelangen. Die entschlossenen Heroen und politischen Übermanager zahlen mit ihrem Scheitern die Kosten dafür, dass sich die Vernunft am Ende durchsetzt.

Warum Amerika wirklich gross ist

So schwer es fallen mag, Trump im Kreis seiner Minister und Disruptoren als Akteure im Dienst der Vernunft zu sehen, so kann doch dieser Gedanke über die erwartbaren vier Schreckensjahre und ihre Disruptionen hinwegtrösten. Mögen die Mauern, die Trump um die USA errichten möchte, die Zölle und Grenzbarrikaden auch bis zum Himmel wachsen, das Land kann sich weder aus dem Welthandel noch aus der Bewegung der Migranten herausmanövrieren. Es gibt kein Zurück auf Dauer, es gibt ebenso wenig den Wiederabstieg von einem Niveau der Bildung und Aufklärung, das einmal erreicht wurde. Es lässt sich kein Wissen verlernen. Nicht nur das Netz, auch die Vernunft vergisst nichts.

Zwar lässt sich gegenwärtig leicht erkennen, wie stark die Kräfte sind, die in die romantischen Zeiten der Völker, Nationen, Volkswirtschaften und der Regionalfolklore zurückstreben. Und so ist auch «Make America great again» ein gegen alle evolutionären Tendenzen auf unserem Globus gerichteter Slogan. Doch Amerika ist gross, weil es von den Synergien vieler Nationen und Kulturen lebt. Die Ideen der einen Menschheit, der Gleichheit, der Gerechtigkeit und des Friedens, die Hegels Vernunft listig durch die Springprozession des Fortschritts leitete, sind in der Welt. Man kann sie gewiss unterdrücken, leugnen, verbieten, aber nicht mehr vergessen.

So lassen sich die dunklen Leidenschaften im politischen Diskurs, die Hassreden, Drohungen, Verunglimpfungen, Schmähungen in Hegels Sinne als Symptome und als Energien begreifen, die die dramatischen Veränderungen in der Welt antreiben. Es gibt Rückschritte, und sie können bis zu vier Jahre dauern.

Manfred Schneider ist emeritierter Professor für deutsche Literaturwissenschaft an der Ruhr-Universität Bochum.

Vor 35 Jahren fiel der Eiserne Vorhang, die Niederlage des kommunistischen Ostblocks war besiegelt. Die Freiheit hatte gesiegt – und die bürgerlich-liberale Politik über die linke, sozialistische Parteien, dachte ich damals, haben ausgedient. Ein Irrtum. Jede politische Kraft will überleben. Die schweizerische SP hat sich nach langer Sinnkrise neu orientiert. Sie wandte sich von der Arbeiterschaft ab, erschloss sich neue Zielgruppen – Angestellte staatlicher und staatsnaher Betriebe, urbane intellektuelle Eliten –, und sie besetzte das weite Feld zeitgeistiger Gerechtigkeits- und Geschlechterfragen.

Das neue Staatsverständnis der Linken

Früher standen Sozialdemokraten im Gegensatz zum bürgerlichen Staat. Heute definieren sie sich durch ihn: Der Staat soll ein gerechtes Leben nach ihrer Vorstellung garantieren. Daraus leiten linke Politstrategen ein neues Staatsverständnis ab. Es gilt, den Bund zulasten der Kantone zu stärken – denn was zentral bestimmt wird, das lässt sich effizient regulieren. Die Staatsquote wird durch Umverteilung nach oben gedrückt, die staatlichen Transferleistungen werden immer stärker ausgeweitet, und zur Finanzierung der linken Begehrlichkeiten soll an der Steuerschraube gedreht oder die Schuldenquote erhöht werden. Und nun planen die Jungsozialisten mit ihrer Erbschaftssteuerinitiative einen Beutezug, der alles in den Schatten stellt, was hiesige Sozialisten bisher an Enteignungsfeldzügen ausgeheckt haben.

Die Schweiz ist praktisch das einzige europäische Land, das Vermögenssteuern erhebt. Diese ist erprobt, effizient, liegt in kantonaler Kompetenz und stärkt das subsidiäre Erfolgsmodell Schweiz.

Der stete Tropfen des Sozialismus

Die Initiative zur Erbschaftssteuer ist ein infamer Beutezug. Nicht sie ist aber das eigentliche Problem, sondern der dahintersteckende Plan einer wirtschaftlichen Umgestaltung der Schweiz nach deutschem Vorbild. Gastkommentar von Martin Haefner

Im Grunde ist unsere Vermögenssteuer eine jährlich erhobene Erbschaftssteuer. Auf eine Generation mit Zinseszins hochgerechnet, kommen Beiträge zusammen, die den Erbschaftssteuern unserer Nachbarländer durchaus ähnlich sind. Die Schweiz verfügt also bereits über eine Erbschaftssteuer und benötigt keine zweite.

Die Schweiz schafft seit vielen Jahrzehnten wirtschaftlichen Wohlstand, der allen Bevölkerungsschichten zugutekommt. Zu den Grundpfeilern des Erfolgs gehören unser Bankenwesen – insbesondere die Vermögensverwaltung –, eine gute Infra-

struktur, politische Stabilität und Rechtssicherheit. Deshalb ist unser Land attraktiv für Unternehmerfamilien mit grossen Vermögen. Bei diesen hat die Ankündigung der konfiskatorischen Initiative zu grosser Verunsicherung geführt. Es droht ein massiver Abfluss von Steuersubstrat.

Ohne grosszügige Beiträge von Privaten ist unser kulturelles Angebot in Qualität und Breite bedroht. Kulturelle Institutionen wie Theater, Orchester, Museen sind meist über eine Public-private-Partnership finanziert: Die öffentliche Hand stellt den Grundbetrieb sicher, private Gönner finanzieren

die qualitative Spitze. Auch wissenschaftliche Forschung, philanthropisches oder caritatives Wirken sind auf Spenden aus Erblässen und Unternehmerfamilien angewiesen. Dieser Wille zur Spende wird jedoch durch erzwungene Rückstellungen für eine Erbschaftssteuer abgewürgt.

Zerstörung von Familienunternehmen

Weit über hundert Schweizer Familienunternehmen verfügen über einen Vermögenswert von über 50 Millionen Franken, welche die Initiative als Freibetrag definiert. Für sie hätte eine Annahme drastische Konsequenzen. Horrende Steuerforderungen könnten nur zum Preis hoher Rückstellungen oder massiver Verschuldung beglichen werden.

Gross ist das Risiko, dass zahlreichen Familienunternehmen ein Verkauf als einziger Ausweg bleibt. Solche Aussichten vergiften jeglichen Unternehmergeist – dies ist der wirkliche Schandfleck dieser Initiative.

Die Initiative ist aber nicht das eigentliche Problem, sondern die Strategie des sozialistischen Tropfens, der beharrlich den Stein unseres Wohlstands aushöhlt: das dauernde Umverteilen von Jung zu Alt, von oben nach unten, von Eigenverantwortung zu staatlicher Rundumversorgung. Unsere Linke hat sich die wirtschaftliche Umgestaltung der Schweiz nach deutschem Vorbild auf ihre rote Fahne geschrieben, wo zwischen Lebensstandard und der eigenen Arbeitsleistung eine immer grössere Lücke klafft. Das kann für die Schweiz kein Vorbild sein.

Martin Haefner ist Verwaltungsratspräsident der Amag-Gruppe. Der Text basiert auf einer Rede anlässlich der Verleihung des Family Business Award 2024.